

Grußwort zum 50-jährigen Jubiläum der Sektion Soziale Indikatoren

In diesem Jahr 2022 feiert die Sektion Soziale Indikatoren ihren 50. Geburtstag und damit ein stolzes Jubiläum. Als Wolfgang Zapf, ihr Gründungsvater, im Januar 1972 Sozialwissenschaftler, Ökonomen, Statistiker und auch Ministerialbeamte zu einer ersten Konferenz aller an der noch jungen „Sozialindikatorenbewegung“ Interessierten in der Werner-Reimers-Stiftung in Bad Homburg versammelte, hätten wohl die wenigsten an einen derartig langen Atem und eine Zukunftsperspektive dieser Forschungsrichtung und Neugründung geglaubt, die mehr als ein halbes Jahrhundert umspannen sollte.

Die formelle Gründung der Sektion erfolgte am 8. Januar 1972, also am abschließenden Tag der zweitägigen Konferenz. Das Ziel bestand darin, innerhalb der Deutschen Gesellschaft für Soziologie einen institutionellen Rahmen und ein Forum für den wissenschaftlichen Austausch über internationale Entwicklungen auf diesem jungen Forschungsgebiet, den Fortgang laufender Projekte und vorliegende Resultate der verschiedenen Forschungsaktivitäten zu schaffen. Mein erster unmittelbarer Kontakt mit der Sektion datiert auf das Jahr 1974, in dem die vierte Arbeitstagung stattfand, die sich mit Indikatoren für den Gesundheitsbereich und das Arbeitsleben befasste.

Wolfgang Zapf, der Pionier der deutschen Sozialindikatoren- und Lebensqualitätsforschung, war Ende der 1960er Jahre bei seinem Aufenthalt als German Kennedy Fellow an der Harvard University mit der in den USA im Entstehen begriffenen Sozialindikatorenbewegung in Berührung gekommen und einigen ihrer Protagonisten begegnet. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland brachte er die neuartigen Ideen und Konzepte einer Wohlfahrtsmessung „jenseits des Bruttosozialprodukts“ hierzulande in die wissenschaftliche Diskussion ein und trug mit seinen Publikationen zu ihrer schnellen Verbreitung auch außerhalb des engeren akademischen Umfelds bei. Die große Resonanz, auf die die aus den USA importierten Ansätze und Konzepte nicht nur in der damaligen Bundesrepublik, sondern auch in anderen europäischen Ländern stießen, hatte aber auch damit zu tun, dass man einen Nerv des herrschenden Zeitgeistes traf. In Deutschland wurde etwa das Konzept Lebensqualität, das mit sozialen Indikatoren operationalisiert und messbar gemacht werden sollte, nicht nur in der sozialwissenschaftlichen Forschung, sondern auch von der Politik und den Gewerkschaften, z.B. im SPD-Bundestagswahlkampf von 1972 und mit dem im selben Jahr, einige Monate zuvor, von der IG Metall veranstalteten großen internationalen Kongress „Aufgabe Zukunft Qualität des Lebens“, bereits frühzeitig aufgegriffen.

In den Wirtschaftswunderjahren hatte sich nicht nur Ludwig Erhards Versprechen eines „Wohlstands für alle“ – wenn auch noch in bescheidenem Maße – erfüllt, sondern auch der Glaube an eine immerwährende Prosperität verfestigt. Und doch erschienen auch erste Wölkchen am Wohlstandshorizont der Bundesrepublik, wie z.B. das vorübergehende kurze Konjunkturtief im Jahr 1967 mit einem Schrumpfen der Wirtschaft und Anstieg der Arbeitslosenquote von 0,7 auf 2,1 Prozent. Zudem gab es erste mahnende Stimmen, die auf

die „Grenzen des Wachstums“ (Club of Rome) und dessen soziale und ökologische Kosten hinwiesen.

Dennoch fiel die Gründung der Sektion Soziale Indikatoren in eine politische und gesellschaftliche Situation, die von einer beispiellosen Aufbruchstimmung und einem Maß an Fortschrittsoptimismus und Zukunftsvertrauen geprägt war, das, folgt man den langjährigen Erhebungen des Instituts für Demoskopie Allensbach, nur noch im Jahr der deutschen Einheit übertroffen wurde. „Mehr Demokratie wagen“ war das Motto der ersten Regierungserklärung Willy Brandts vom Oktober 1969, aber erstrebt wurde auch ein mehr an Wohlfahrt, das über wirtschaftlichen Wohlstand und den bereits deutlich gestiegenen materiellen Lebensstandard hinausgehen sollte, nicht zuletzt auch deshalb, weil zunehmend die Frage aufgeworfen wurde, ob ein anhaltendes wirtschaftliches Wachstum und ein kontinuierlich steigender materieller Wohlstand allein letztlich auch zu einem qualitativ besseren Leben führen würden.

Damit begann der Aufstieg des Konzepts der Lebensqualität als einer neuen multidimensionalen Zielformel der Gesellschaftspolitik und mit ihm der Aufstieg der Sozialindikatorenforschung, die danach strebte, den Grad der Erreichung der unter dem Konzept der Lebensqualität subsumierten multiplen Ziele mit Hilfe von quantitativen Indikatoren zu messen. Das geschah nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund eines bis dahin nicht gekannten Optimismus, den gesellschaftlichen Wandel im Sinne einer „active society“ (Etzioni) politisch umfassend steuern und den vorherrschenden Wert- und Zielvorstellungen entsprechend gestalten zu können.

Nach den Gründungsjahren hat sich die Sozialindikatorenforschung als eine eigenständige Forschungsrichtung mit allen diesbezüglichen Insignien etabliert. Sie hat auf nationaler wie auch inter- bzw. supranationaler – insbesondere der europäischen – Ebene nachhaltige Wirkungen erzielt, die sich vor allem in zahlreichen Ansätzen einer indikatorengestützten Gesellschaftsbeobachtung und einer systematischen Sozialberichterstattung manifestiert haben.¹

Ohne an dieser Stelle den Versuch einer ernsthaften Bilanzierung zu unternehmen, darf festgestellt werden, dass die deutsche Sozialindikatorenforschung in den vergangenen fünf Jahrzehnten insgesamt betrachtet jedoch durchaus auch wechselhafte Zeiten erlebt hat. Einer weitgehenden Stagnation in den 1980er Jahren folgte in den 1990er Jahren eine Periode, in der sich die Sozialindikatorenforschung nicht nur der Aufgabe angenommen, sondern sich darin auch bewährt hat, die Prozesse der deutschen Wiedervereinigung und der umfassenden Transformation der ostdeutschen Teilgesellschaft in ihren Auswirkungen auf die Lebensbedingungen und das Wohlbefinden der Bürger systematisch zu beobachten und zu analysieren. Es folgten europäische Initiativen und in den 2000er Jahren eine

¹ Vgl. dazu eine ausführliche Bestandsaufnahme in dem Report „Stock Taking on Social Monitoring and Reporting in Europe“:
https://www.researchgate.net/publication/263089129_Stocktaking_Report_on_Social_Monitoring_and_Reporting_in_Europe

boomartige – nicht zuletzt durch das wachsende Interesse der Ökonomen an diesen Fragen ausgelöst – Entwicklung der sogenannten „Happiness-Forschung“, an der die Sozialindikatorenforschung nicht nur maßgeblich beteiligt war, sondern für die sie großenteils auch die Datengrundlage geschaffen hatte.

Darüber hinaus konnte man – bis vor wenigen Jahren – den Eindruck gewinnen, dass die Sozialindikatorenbewegung auch politisch eine beachtliche Wirkung gezeigt und auf der Ebene nationaler und supranationaler Regierungspolitik eine nie zuvor gesehene Resonanz erzielt hätte: Von einer mächtigen internationalen „Beyond GDP“-Bewegung in Wissenschaft und Politik angetrieben und unterstützt von einflussreichen Kommissionsgutachten, wie dem Bericht der „commission on the measurement of economic performance and social progress“ (der sogenannte Stiglitz, Sen, Fitoussi-Report), wurden in zahlreichen Ländern, aber auch von inter- und supranationalen Organisationen und Institutionen wie der OECD und der Europäischen Kommission, neue Instrumente eines „social monitoring“ und einer systematischen Sozialberichterstattung mit der Absicht initiiert, das „well-being“ der Bevölkerung nicht nur mithilfe von quantitativen Indikatoren zu beobachten, sondern auch explizit zum Ziel politischer Einflussnahme und Gestaltung zu machen. Beispiele dafür sind unter anderem das OECD „Better Life“-Programm, die „Quality of Life – Indicators“ von Eurostat, das „Programme for Measuring National Well-being in the UK“ oder das „Benessere Equo e Sostenibile“ – Projekt in Italien.

Auch in Deutschland folgte die Politik mit zwei bemerkenswerten Initiativen dem Beispiel anderer Länder. Zum einen war es eine Enquetekommission des Deutschen Bundestags mit dem Titel „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“, die in ihrem 2013 erschienenen Bericht Empfehlungen für eine zukünftige indikatorengestützte offizielle Wohlfahrtsmessung veröffentlichte. Noch vielversprechender war jedoch die von der Bundesregierung 2014 auf den Weg gebrachte Regierungsstrategie „Gut leben in Deutschland“, die sich nicht nur das Ziel gesetzt hatte, ein Indikatoren- und Berichtssystem zur Lebensqualität in Deutschland zu entwickeln und regelmäßig über Stand und Fortschritt der Lebensqualität in Deutschland zu berichten, sondern die damit gewonnenen Erkenntnisse auch in einen ressortübergreifenden politischen Aktionsplan zur Verbesserung der Lebensqualität in Deutschland einmünden zu lassen. Leider ist aus der Retrospektive zu konstatieren, dass sowohl die Empfehlungen der Enquetekommission als auch die Regierungsstrategie „Gut leben in Deutschland“, abgesehen von einem einmalig veröffentlichten Regierungsbericht zur Lebensqualität in Deutschland, praktisch folgenlos geblieben und mittlerweile völlig aus dem Blick geraten sind.

Aber auch in anderen Ländern sowie bei inter- bzw. supranationalen Organisationen wurden Initiativen einer Wohlfahrtsmessung „beyond GDP“ und Verbesserung von Lebensqualität bzw. „well-being“ teilweise eingestellt oder fristen ein Schattendasein, ohne länger die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und die Unterstützung der Politik zu finden. Das sollte die Sozialindikatoren- und Lebensqualitätsforschung – und damit unter anderen auch die Sektion soziale Indikatoren – alarmieren!

Sucht man nach den Ursachen dieser jüngsten Entwicklung, drängen sich die aktuellen Krisen auf, die nicht nur, aber vor allem auch die europäischen Gesellschaften betreffen. Aber sowohl die Corona-Pandemie als auch die Folgen des Krieges in der Ukraine stellen eine indikatorengestützte Wohlfahrtsmessung, -beobachtung und -analyse nicht vor entscheidende Schwierigkeiten. Im Gegenteil, das vorhandene Instrumentarium bietet sich geradezu an, um Beeinträchtigungen der Lebensqualität und des Wohlbefindens, wie sie etwa mit der Corona Pandemie und darauf gerichteter Maßnahmen verbunden waren, im Sinne eines „monitoring“ empirisch-analytisch zu begleiten, und hat sich in zahlreichen entsprechenden Studien auch bewährt.

Anders verhält es sich mit der sogenannten Klimakrise. Trotz latenter und manifester Zielkonflikte zwischen den Nachhaltigkeits- und Lebensqualitätszielen erschien deren Vereinbarkeit über lange Zeit denkbar und möglich, wie zahlreiche Studien gezeigt haben. Die globale Klimaschutzbewegung und deren zunehmende Radikalisierung haben jedoch zu einem Paradigmenwechsel geführt. Die über viele Jahre als Nachhaltigkeitsstrategie präferierte „Effizienzrevolution“ wird vor allem von der Klimaschutzbewegung seit einigen Jahren als nicht mehr zielführend betrachtet und wurde durch Forderungen nach einer „Suffizienzrevolution“ abgelöst, die längst nationale Regierungen und supranationale Organisationen erreicht haben. Die Propagierung von Genügsamkeit und Verzicht sowie die Implementierung von Maßnahmen, die darauf gerichtet sind, das Wohlstandsniveau zu senken und einen diesbezüglichen Einstellungs- und Verhaltenswandel in der Bevölkerung zu bewirken, sind aber mit der Lebensqualitätsprogrammatik und dem herkömmlichen Verständnis von einem „guten Leben“ schwerlich vereinbar. Ja, sogar die Idee des gesellschaftlichen Fortschritts, die zuletzt – auch durch die Debatten über „well-being“ und Lebensqualität als Politikziele – eine bemerkenswerte Renaissance erfahren hatte, wird durch die neue Suffizienzbewegung unterminiert. Dass diese Entwicklung nicht zuletzt für die Sozialindikatorenforschung, deren Kerngeschäft traditionell in der (vergleichenden) Messung, Beobachtung und Analyse der Lebensqualität besteht, erhebliche Probleme aufwerfen könnte, liegt auf der Hand.

Der Kontrast zwischen der durch Fortschrittsoptimismus und Zukunftsvertrauen gekennzeichneten gesellschaftlichen Situation, in der die Sozialindikatoren- und Lebensqualitätsforschung entstanden ist und die Sektion soziale Indikatoren gegründet wurde und den heutigen volatilen Verhältnissen könnte kaum größer sein. Anders als damals ist die gegenwärtige Stimmungslage durch Krisen und Krieg, durch apokalyptische Zukunftsszenarios und ein verbreitetes geringes Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der Regierungspolitik geprägt. Die Bevölkerung sorgt sich zudem um die Folgen der Inflation und fürchtet um ihren Wohlstand. Angesichts der aktuellen Lage ist es daher kaum überraschend, dass das Zukunftsvertrauen der Bevölkerung in diesem Jahr 2022 auf den niedrigsten Stand seit dem Beginn der Messungen des Instituts für Demoskopie im Jahr 1949 gesunken ist.

Will sich die Sozialindikatoren- und Lebensqualitätsforschung in einem maßgeblich veränderten gesellschaftspolitischen Umfeld auch zukünftig behaupten, steht sie daher vor großen Herausforderungen und wird sich nach meiner Einschätzung wenigstens teilweise neu erfinden müssen, ohne ihr charakteristisches Profil aufs Spiel setzen zu dürfen. Die Sektion soziale Indikatoren kann in diesem Prozess eine wichtige Rolle spielen, wenn sie ihn konstruktiv begleitet, Initiativen ergreift, nützliche Impulse setzt und weiterhin den erforderlichen Austausch fördert.

Ich gratuliere der Sektion zu ihrer Arbeit in den vergangenen fünfzig Jahren und wünsche ihr für die Zukunft alles Gute und weiterhin viel Erfolg!

Dr. Heinz-Herbert Noll – im November 2022

Ehemaliger Leiter des Zentrums für Sozialindikatorenforschung am GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften und Vorsitzender der Sektion soziale Indikatoren von 1996-2007.